

1. Einleitung

Das „Strukturprogramm Ruhr“ (SPR) bildet das zentrale Element eines regionalpolitischen Handlungskonzepts für das Ruhrgebiet. Anlass zur Erarbeitung des Programms ist die Neuausrichtung der regionalen Strukturpolitik, zu der der KVR mit dem vorliegenden Beitrag eigene Anregungen gibt. Ziel des Aktionsprogramms ist die Integration der regionalen Strukturpolitik in ein Konzept der integrierten Regionalentwicklung für das Ruhrgebiet unter (dauerhafter oder fallweiser) Einbeziehung aller Kompetenzen beim KVR.

Mit dem Eintritt in die neue und wahrscheinlich letzte Ziel 2-Förderphase im Ruhrgebiet ist eine inhaltliche und organisatorische Neuorientierung verbunden. Alte strukturpolitische Akteure verlieren an Bedeutung, neue Akteure betreten das Feld. Dies heißt für alle Beteiligten: ein neues Kräftegleichgewicht muss noch gefunden werden, die Rollen der Akteure werden neu verteilt. Das hier skizzierte regionalwirtschaftliche Handlungskonzept macht Vorschläge für die Neuausrichtung der regionalen Strukturpolitik im Ruhrgebiet mit dem Ziel, mit den beteiligten Institutionen handlungsorientiert zu diskutieren und auf diese Weise die regional- und strukturpolitische Rolle des KVR neu zu bestimmen.

Das Strukturprogramm Ruhr knüpft zum einen an das „Ruhr-Memorandum“ an, das 1997 von der Arbeitnehmerfraktion der Verbandsversammlung des KVR und dem DGB-Landesbezirk NRW vorgelegt und in dem das Profil einer „Kompetenzwirtschaft Ruhr“ entworfen wurde. Zum anderen nimmt es die Empfehlungen auf, die im ersten Teil der Studie „Perspektive Ruhr. Strukturpolitik im Ruhrgebiet – Programme, Konzepte, Akteure“ gegeben wurden. Der hier vorliegende zweite Teil macht Vorschläge, wie inhaltliche und organisatorische Defizite bisheriger Strukturförderung beseitigt werden können. Anhand von ausgewählten strukturpolitischen Handlungs- und Kompetenzfeldern werden Vorschläge für innovative regionalwirtschaftliche Initiativen gemacht. Darüber hinaus wird aufgezeigt, wie und warum die Vorschläge in ein abgestimmtes strukturpolitisches Handlungskonzept eingebettet werden sollten.

NRW-Wirtschaftsminister Schwanhold hat im Sommer 2000 Land, Kommunen und Wirtschaft zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung aufgerufen und zu einem „Wachstumspakt“ für das Ruhrgebiet eingeladen. „Ich will alle Kräfte des Ruhrgebiets mobilisieren und motivieren, sich dem Wachstumspakt anzuschließen“¹. Der KVR identifiziert sich mit den im Pakt formulierten Zielen und brachte durch die Unterzeichnung des Wachstumspaktes im April 2002 seine aktive Partnerschaft zum Ausdruck. Die vorliegende Veröffentlichung ist ein weiterer Beitrag auf dem Weg,

- ein regionalwirtschaftliches Leitbild für das Ruhrgebiet zu entwickeln,
- daraus Initiativen zur Stärkung regionaler Kompetenzen abzuleiten,
- einen intensiven regionalpolitischen Dialog zu initiieren und zu verstetigen,
- strukturpolitische Handlungsfelder zu definieren und umzusetzen,
- strukturpolitische Projekte zu entwickeln und zu begleiten.

Unser Ansatz bezieht sich aber nicht nur auf den Aufruf des Wirtschaftsministeriums, sondern nimmt auch die Anregungen anderer Ruhrgebietsakteure auf: Er deckt sich

¹ Schwanhold in einer Pressemitteilung vom 17.08.2000. Ende Oktober 2001 ist der „Wachstums- und Beschäftigungspakt Ruhr“ zwischen Landesregierung, Kommunalpolitik, Industrie, Handwerk und Gewerkschaften abgeschlossen worden mit dem Ziel, bis zum Jahr 2005 im Ruhrgebiet 200.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sie sollen vor allem in den Branchen Logistik, Design, Wassertechnik, Mikroelektronik, Bergbautechnik und Maschinenbau geschaffen werden.

mit der Forderung der Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebiets nach einer Wirtschaftsförderungs- und Marketingkonzeption, die das jeweils spezifische Profil der Teilräume herausarbeitet, an Leithemen festmacht und in eine Gesamtstrategie einbettet. Er nimmt Bezug auf die Kritik der CDU-Fraktion in der Verbandsversammlung des KVR, wonach ein umfassender Gedankenaustausch der verschiedenen Teilregionen des Ruhrgebiets zu den wirtschaftlichen Schwerpunkten der Region nicht stattfindet. Er ist aber auch eine erste Antwort auf die Forderung des Verbands pro Ruhrgebiet, im Rahmen eines Masterplans für das Ruhrgebiet eine bessere Koordination von strukturpolitisch relevanten Teilaufgaben zu forcieren. Hinsichtlich der Identifizierung und Stärkung von Kompetenzfeldern nimmt unser Ansatz u.a. Bezug auf die Untersuchung von Roland Berger und Partner, in der neue Wachstumsfelder im Ruhrgebiet analysiert und bewertet werden².

Während sich der Vorschlag von Roland Berger auf die Identifikation von Zukunftsmärkten beschränkt, stellt unser Handlungsprogramm die vorgeschlagenen Kompetenzfelder in einen Zusammenhang mit weitergehenden ruhrgebietsrelevanten Handlungsfeldern. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern wurden mit dem Ziel ausgewählt, vorhandene Potenziale ins Bewußtsein zu rufen und Vorschläge zu ihrer beschäftigungswirksamen Weiterentwicklung zu machen. Einige der Handlungsfelder, wie das Flächenmanagement, beziehen sich auf die KVR-Kernkompetenzen. Andere, wie die regionale Agenda 21 und den Bildungsbereich, sehen wir als bislang vernachlässigte regionalwirtschaftliche Potenziale an, die als Querschnittsfelder dringend weiterzuentwickeln sind. Hierzu zählt auch, dass die Anforderungen des Gendermainstreaming³ in den bisherigen strukturpolitischen Konzepten und Projekten noch unzureichend umgesetzt sind.

Das Strukturprogramm Ruhr versteht sich nicht als Alternative zu bestehenden strukturpolitischen Förderprogrammen, sondern als ein Vorschlag, wie das bisherige strukturpolitische Nebeneinander stärker aufeinander abgestimmt und im Hinblick auf ein ruhrgebietsspezifisches Leitbild integriert werden kann. Der KVR sieht seine Aufgabe darin, entwicklungsfähige Ansätze und Querverbindungen aufzuzeigen, die in der Region diskutiert und zu einem regional- und strukturpolitischen Handlungsprogramm weiterentwickelt werden sollen.

Der KVR hat gemeinsam mit der KVR-Arbeitnehmerfraktion, dem DGB-Landesbezirk und der Projekt Ruhr GmbH zwei Veranstaltungen durchgeführt, in denen strukturpolitische Themen diskutiert wurden:

- Am 19.10.2000 fand beim KVR die Auftaktveranstaltung „Aktionsplan Ruhr“, Impulse für neue Arbeit“ statt, auf der diskutiert wurde, wie neue Initiativen für Arbeit und Innovation auf den Weg gebracht werden können und welche Vereinbarungen dazu notwendig sind.
- Am 27.09.2001 wurde das Querschnittsfeld Qualifizierung auf der Veranstaltung „Qualifizierung und Kompetenzentwicklung für die Metropolregion Ruhr“ diskutiert und für eine ruhrgebietsweite Strategie der Verknüpfung von Bildung und Regio-

² MWMEV NRW (Hg.): Kompetenzfelder für das Ruhrgebiet. Information und Kommunikation, Medizintechnik, Verkehr/Logistik, Neue Werkstoffe, Energie, Mikrosystemtechnik. Düsseldorf 2001.

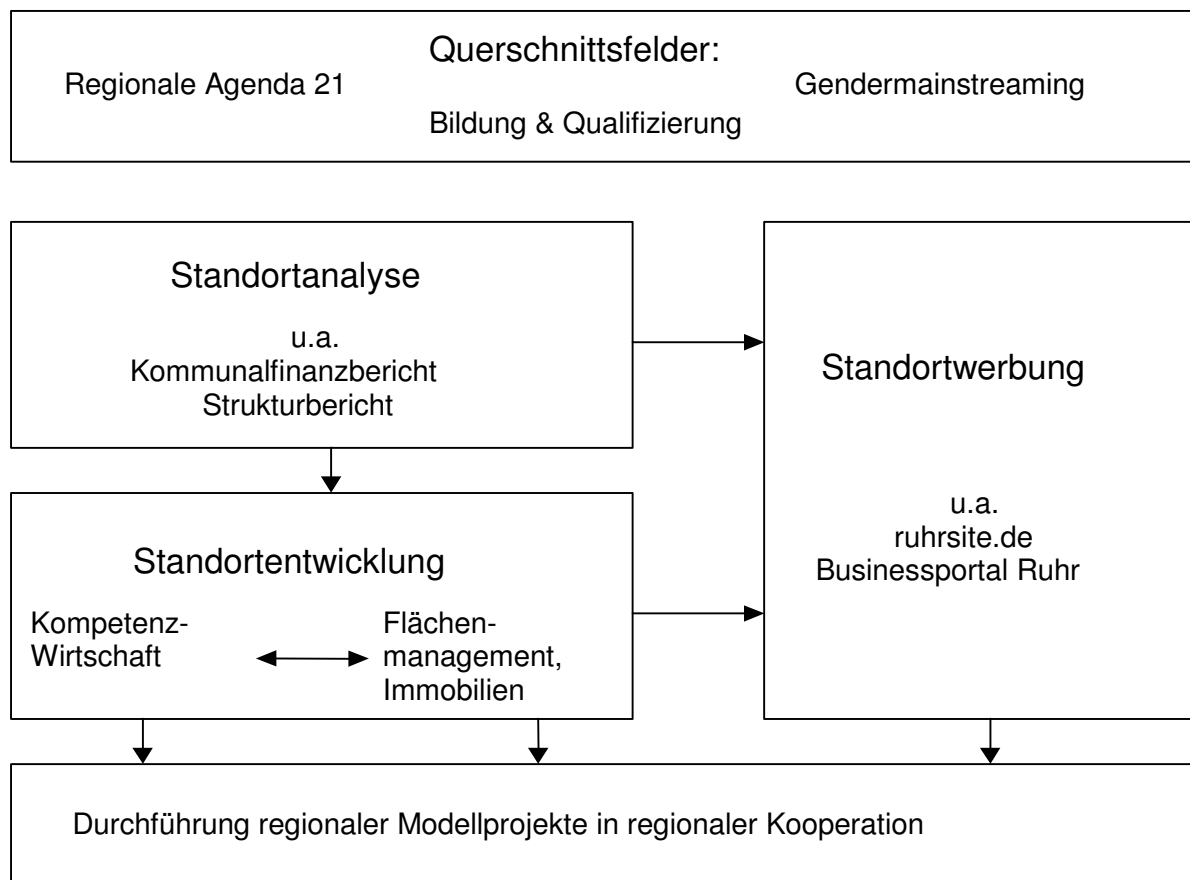
³ Das sog. Gendermainstreaming ergänzt die traditionelle Sicht der Frauenförderung, nach der Gleichstellungsfragen isoliert neben andere Politikbereiche gestellt werden. Mainstreaming führt zur Verpflichtung, jeden Politikbereich auf seinen unterschiedlichen Einfluss auf Männer und Frauen differenziert zu untersuchen und die Gleichstellung als integralen Bestandteil eines jeden Politikbereichs zu begreifen. Im Vorschlag für ein neues Gemeinschaftsprogramm für die Gleichstellung der Geschlechter (2001-2005) wird dabei insbesondere die Gleichstellung im Wirtschaftsleben hervorgehoben (vgl. dazu im Internet: http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/news/gender_equ_de.htm).

nalentwicklung plädiert. Auf der Grundlage der Veranstaltungsergebnisse wurde eine Veröffentlichung erstellt, die die Veranstaltung dokumentiert, durch weitere Beiträge ergänzt und innovative Praxisbeispiele aus dem Ruhrgebiet darstellt. Weitere Werkstattgespräche mit Kompetenzfeldbezug werden vorbereitet.

Der regionale strukturpolitische Dialog muss durch die Einbeziehung weiterer Akteure, vor allem der Kammern und der Unternehmen, auf eine breite Basis gestellt und verstetigt werden. Eine neue Diskussions- und Konsenskultur ist auch ein Beitrag zur Entwicklung regionalpolitischer Kompetenz im Ruhrgebiet und damit eine unverzichtbare Voraussetzung für die angestrebte selbsttragende Entwicklung.

Unser Vorschlag für ein regionalwirtschaftliches Aktionsprogramm ruht daher auf zwei Säulen, zu denen sich eine dritte, hier nur kurz skizzierte, hinzugesellen muss:

1. **Kompetenzfelder.** Die von uns ausgewählten Kompetenzfelder beziehen sich auf Wirtschaftsbereiche, die sich in einem schnellen Umstrukturierungsprozess befinden und die das Potenzial zur internationalen Marktführerschaft haben bzw. die durch stärkere Vernetzung eine neue Qualität erreichen können. Dies gilt, bis auf den nicht vorhandenen Anspruch an internationale Marktführerschaft, auch für das Kompetenzfeld Lokale Ökonomie.
2. **Handlungsfelder.** Die vorgeschlagenen Handlungsfelder beschreiben Elemente einer nachhaltigen Regionalentwicklung, die dem Ruhrgebiet einen Vorsprung bei der Anwendung innovativer Instrumente und Methoden der Raum- und Strukturentwicklung verschaffen. Ihre Weiterentwicklung profiliert die Region und sichert ihre Zukunftsfähigkeit.
3. **Abstimmung** der Institutionen und Instrumente. Eine integrierte Regional- und Strukturentwicklung erfordert Moderation und Koordination. Sie kann nur dann erfolgreich sein, wenn der regionale strukturpolitische Dialog intensiviert und verstetigt wird und jeder Akteur seinen spezifischen Beitrag einbringen kann. Das setzt eine Klärung der Zuständigkeiten von Institutionen, Instrumenten und Verfahren voraus, die über den aktuellen Stand der Verwaltungsstrukturreform hinausgeht. Vorschläge für solch eine Neuorientierung können teilweise aus dem vorliegenden Aktionsprogramm abgeleitet werden. Sie sollen jedoch nur Anstöße geben, da die Vorschläge Ergebnis einer breiten gesellschaftlichen, nicht nur politischen Diskussion sein sollten. In eine solche Diskussion ist u.a. auch die „Ruhrstadt-Debatte“ und die Frage nach der künftigen Rolle des KVR einzubeziehen.



1.1 Rahmenbedingungen der Strukturpolitik im Ruhrgebiet

Die im ersten Band dieser Veröffentlichung (Perspektive Ruhr. Strukturpolitik im Ruhrgebiet. Programme – Konzepte – Akteure) beschriebene Struktur der nordrhein-westfälischen Regionalpolitik macht Mängel, aber auch Ansätze für Verbesserungen deutlich: Bislang gibt es ein Nebeneinander von operationellem Programm der EU-Strukturförderung, Regionalprogramm der Gemeinschaftsaufgabe, regionalen Entwicklungskonzepten von Teilregionen und Entwicklungsprogrammen der Regierungsbezirke. Hinzu kommen diverse Landesprogramme und Landesinitiativen, die das Nebeneinander und die Unübersichtlichkeit noch steigern. Dem Ruhrgebiet fehlt ein Instrument, mit dem die vorhandenen Programme und Konzepte aufeinander abgestimmt und im Hinblick auf ein gemeinsames Leitbild gebündelt werden. Diese Integration soll das Strukturprogramm Ruhr leisten: nicht als zusätzliches Förderprogramm, sondern als Instrument zur Effizienzsteigerung der Strukturpolitik.

Im Rahmen des Ziel 2-Programms fließen für das Ruhrgebiet bis einschließlich 2006 ca. 4 Mrd. DM. Danach ist aufgrund der EU-Osterweiterung mit erheblich geringeren Mittelzuflüssen zu rechnen. Die gegenwärtige Phase der Strukturförderung bietet daher die letzte Chance, die regionale Struktur i.w.S., das heißt die Wirtschaftsstruktur und die gesamten Lebensbedingungen der Menschen im Ruhrgebiet, auf eine stabile, sich selbst tragende Basis zu stellen.

Für die neue Förderperiode hat das Land NRW seine regionale Strukturpolitik neu ausgerichtet: Deutlicher als bisher steht die Sicherung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Mittelpunkt. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen tendenziell strukturkonservierende Förderungen so weit wie möglich zurückgefahren werden zu Gunsten der Förderung regionalwirtschaftlicher Stärken. Als wichtigste Stärke erachtet die Landesregierung das Vorhandensein regionaler Wertschöpfungsketten mit enger Zulieferer- und Lieferantenverflechtung und starker Forschungs- und Technologieorientierung, ergänzt durch ein Netzwerk aus öffentlichen und privaten Akteuren. Die Stärkung dieser Kompetenzfeldwirtschaft bildet die vordringlichste Aufgabe künftiger Wirtschafts- und Strukturförderung. Infolge dieser Neuorientierung stehen nicht mehr (lokal)staatliche Instanzen, sondern Branchenakteure im Mittelpunkt.

Geändert haben sich die Rahmenbedingungen für regionale Strukturpolitik aber auch durch Vorgaben seitens der EU und der Landesregierung, die die Beachtung bestimmter sog. Querschnittsziele fordern. Zu diesen gehören

- eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung,
- die Schaffung gleicher Chancen für Frauen und Männer im Beruf,
- die Einbeziehung benachteiligter Gruppen in den Erneuerungsprozess.

Die Querschnittsziele stellen integrierte Elemente der Entwicklungsstrategie des Ziel 2-Programms dar. „Dies bedeutet, dass alle Fördermaßnahmen im Sinne eines „mainstreaming“ einen größtmöglichen Beitrag zur Verwirklichung dieser (...) Prinzipien leisten sollten“ (EPPD 2000, S.243). Zur besseren Operationalisierbarkeit hat die Landesregierung z.T. Quoten für die Zielerreichung und z.T. Schlüsselindikatoren zur Quantifizierung von Effekten festgelegt.

1.2 Ziele und Strategien der Strukturpolitik im Ruhrgebiet

Aufgrund des umfassenden Ansatzes und des Fördervolumens bildet das Ziel 2-Programm die wichtigste strukturpolitische Grundlage für das Ruhrgebiet. Es ist unterteilt in verschiedene Ober- und Unterziele, die über die zu fördernden Projekte zu operationalisieren. Übergreifendes Ziel des Programms ist die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit. Im Mittelpunkt stehen vor allem kleine und mittelgroße Unternehmen. Bei der Umsetzung sollen die einzelnen Maßnahmen und Projekte stärker gebündelt, vernetzt und profiliert werden.

Diese Ziele sollen mit folgenden Strategien erreicht werden:

- Oberste Priorität hat die Beschäftigungswirksamkeit. Projekte mit signifikantem Beschäftigungsbeitrag erhalten Vorrang bei der Förderung.
- Die Erneuerung wirtschaftsnaher Infrastruktur wird zu Gunsten von direkten unternehmensbezogenen und arbeitsplatzwirksamen Fördermaßnahmen zurückgenommen.
- Kompetenzfeldbezogene und integrierte Ansätze sollen verstärkt entwickelt werden.
- Programmmonitoring und –controlling werden erheblich ausgebaut.

Das Integrationsbestreben zeigt sich u.a. in der Erweiterung des Ziel 2-Programms um den Aspekt „integrierte Stadtteilentwicklung“ sowie in der stärkeren Berücksichtigung arbeitsmarktpolitischer Ansätze bei Infrastruktur- und anderen regionalpolitischen Maßnahmen. Daneben soll durch die Einrichtung neuer Institutionen und

Gremien wie Ziel 2-Sekretariat, Arbeitsausschuss und Begleitausschuss die intensivere Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner auf Landesebene gewährleisten werden.

1.3 Ansätze regionaler Strukturpolitik im Ruhrgebiet

Regional orientierte Wirtschaftsförderung zielt darauf, spezifische räumliche Strukturen, Potenziale und Probleme wahrzunehmen und die Entwicklungsstrategien darauf abzustimmen. Inhaltlich bewegt sich regionale Wirtschaftspolitik zwischen zwei Polen:

- **Weltmarktorientierte Regionalentwicklung:** Regionalisierung als Voraussetzung für mehr Wettbewerbsfähigkeit in globalen Märkten. Die theoretische Fundierung des Ansatzes bildet das Export-Basis-Modell. Die Zusammenführung von Branchenkompetenzen innerhalb regionaler Kompetenzverbünde soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Für den Ansatz einer überkommunalen Bündelung der Kräfte steht z.B. die regionalisierte Strukturpolitik in NRW.
- **Endogene Regionalentwicklung** als Gegenbewegung zu Fremdbestimmung durch globale Märkte und international tätige Großunternehmen. Regionales Wirtschaften wird mit der Perspektive der nachhaltigen Entwicklung verbunden, Wirtschaften soll in überschaubaren Zusammenhängen und Kreisläufen stattfinden (KAB Tier / Taurus 1996, Lindner 1994).

Ausgangspunkt regionaler Wirtschaftspolitik sind in beiden Fällen die ansässigen Unternehmen sowie das Ziel, regionale Potenziale zu identifizieren und zu nutzen. Doch trotz der Internationalisierung bleibt ein großer Teil der wirtschaftlichen Aktivitäten an spezifische räumliche Faktoren gebunden, die von den klassischen Produktionsfaktoren über die Absatzwege für die erstellten Produkte und Dienste bis hin zum Innovations- und Wissenstransfer sowie die Einbindung in den regionalen Arbeitsmarkt reichen. Daher kann unserer Meinung nach die reine Orientierung auf Branchen mit Spitzentechnologie und höchster Wertschöpfung nicht das Hauptkriterium für Strukturförderung sein. Um regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken und die Region langfristig sozial und ökologisch zu stabilisieren, müssen folgende Handlungsfelder abgedeckt sein:

- Intensivierung der regionalen Bindung der Wirtschaftsakteure. Zunehmende Exportorientierung bedeutet, dass regional relevante Entscheidungen stark von regionsexternen Faktoren bestimmt werden. Vernetzung regionaler Unternehmen trägt zur Herausbildung einer regionalen Unternehmenskultur bei. Ins Netzwerk einzubeziehen sind über weltmarktorientierte Unternehmen hinaus auch KMU mit Ausrichtung auf Qualitätsprodukte, das Handwerk, aber auch gemeinwohlorientierte und Nachbarschaftsdienstleistungen. Dazu ist die bessere Kenntnis der Leistungspalette sowie der Lieferanten- und Kundenbeziehungen regionaler Betriebe notwendig (vgl. Kompetenzfeld „Lokale Ökonomie“). Zudem wird so die Stärkung regionaler Stoffkreisläufe erreicht.
- Stärkung der regionalen Arbeitsmarktbeziehungen. Die Instrumente zur weiteren Integration von Wirtschaftsförderungs- und Arbeitsmarktpolitik sollen weiter ausgebaut werden. Grundlage muss die Realität der Lebens- und Arbeitsbedingungen sein: Die Konzentration auf den männlichen Alleinernährer mit Normalarbeitsverhältnis muss abgelöst werden durch ein Leitbild von Erwerbsarbeit, das einen neuen Familienbegriff und die Aufhebung des geschlechtsspezifisch seg-

mentierten Arbeitsmarkts in den Mittelpunkt stellt. Arbeitsmarktpolitik muss sich an der Lebenswelt der Beschäftigten orientieren, um nicht ausschließend zu wirken: So ist in Stadtteilen mit hohem Anteil an arbeitslosen Jugendlichen und Langzeitarbeitslosigkeit eine kleinräumlich und auf den Bedarf der Bewohner/innen ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik zu entwickeln. Ein weiterer Ansatz ist eine Wirtschaftsförderungsstrategie, die sich auf das Potenzial der hier aus- und fortgebildeten Arbeitnehmer/innen stützt, um eine Abwanderung Hochqualifizierter bei gleichzeitigem Arbeitskräftemangel zu verhindern.

- Schaffung einer umweltschonenden Wirtschaftsstruktur. Angesichts der regionalen Krise infolge des Bedeutungsverlusts der Montanindustrie stand die Schaffung von Arbeitsplätzen „um fast jeden Preis“ lange Zeit im Vordergrund. Durch den Rückgang industrieller Aktivitäten sind zwar die Umweltbelastungen – frühzeitig unterstützt durch staatlich initiierte Umweltschutzmaßnahmen - massiv zurückgegangen. Das Umweltschutz-Know-how galt lange Zeit als besondere Stärke der Region. Doch sind diese Erfolge, u.a. durch das seit Beginn der 1990-er Jahre massiv angestiegene Verkehrsaufkommen, gefährdet. Erforderlich ist ein langfristig tragfähiges Konzept, wie dem täglichen Verkehrschaos auf Schiene und Straße, aber auch dem dadurch verursachten Verlust an Lebensqualität entgegen gesteuert werden kann.
- Integration von Strukturpolitik und Regionalentwicklung. Die sog. „harten“ und „weichen“ Standortfaktoren bilden die Schnittmenge der Interessen von Strukturpolitik und Regionalentwicklung. Zu den „harten“ Faktoren ist die Verfügbarkeit geeigneter Flächen zu zählen; nach Untersuchungsergebnissen des difu⁴ sind weiche Standortfaktoren nach wie vor den kommunalen Aufgaben der Daseinsvorsorge und der Verbesserung der Lebensbedingungen zuzuordnen. Da zwischen Aufgaben, die aus dem Gemeinwohlaufrag entstehen, und den Maßnahmen zur Aufwertung „weicher“ Qualitäten als Instrument der Wirtschaftsentwicklung nicht getrennt werden kann, ist auch der Strukturentwicklung ein umfassender Begriff von Regionalentwicklung zugrunde zu legen (vgl. Handlungsfeld „Strukturwandelflächen / Flächenmanagement“). Hinter die Ansprüche an Partizipation schon im Vorfeld der Projektentwicklung und die kontinuierliche Information der Bevölkerung, wie sie während der IBA praktiziert wurde, sollte die künftige regionale Strukturpolitik nicht zurückfallen.
- Focussierung auf die Querschnittsaufgabe „Bildung und Qualifizierung“. Das Wissen der Beschäftigten und Unternehmen ist mittlerweile einer der wichtigsten und gleichzeitig von der Strukturpolitik eher nachrangig behandelten Faktoren zukunftsfähiger Entwicklung. Für die zukunftsfähige Regionalentwicklung genügt es nicht, die Bildungsangebote auf die Kompetenzfelder abzustimmen. Die Bildung von Lernallianzen muss alle Bildungsbereiche umfassen – mit dem Ziel einer „lernenden Region“.

Gelingt es, die genannten Teilstrategien mit Hilfe des Strukturprogramms Ruhr miteinander zu verbinden, werden neue soziale, kulturelle und ökonomische Beziehungen in der Region aufgebaut und damit die eigenständige Entwicklung der Region gestärkt. Die Projekt Ruhr GmbH hat im März dieses Jahres Empfehlungen für die relevantesten kommunalen Entwicklungsschwerpunkte gegeben. Sie werden im folgenden kurz skizziert. Darüber hinaus werden Ansätze, die im Rahmen eines Strukturprogramms Ruhr aufzugreifen, zu integrieren und gemeinsam in der Region weiterzuentwickeln sind, vorgestellt.

⁴ Grabow u.a.: Weiche Standortfaktoren. Stuttgart, Berlin, Köln 1995 (= Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Band 89).

1.4 Kommunale Entwicklungsschwerpunkte im Ruhrgebiet

Am 07. März 2002 haben Aufsichtsrat und Innovationsbeirat der Projekt Ruhr GmbH die im Rahmen des Ziel 2-Programmes vorrangig zu fördernden Projekte vorgestellt. Die sog. kommunalen Entwicklungsschwerpunkte wurden unter acht Kompetenz- und drei Handlungsfelder subsummiert. Zu den im Ruhrgebiet zu entwickelnden Kompetenzfeldern zählen die Bereiche Chemie, Design, Energietechnik, industrielle Technologien und Materialien, Informations- und Kommunikationstechnik, Logistik, Medizintechnik / Gesundheitswirtschaft sowie Tourismus, Freizeit und Kultur. Die drei Handlungsfelder beziehen sich auf die Aufgabenfelder Stadtentwicklung / urbane Qualität, Emscher Landschaftspark sowie Flächenentwicklung für Gewerbe und Dienstleistungen.

Kompetenzfelder:	Handlungsfelder:
Chemie	
Design	Stadtentwicklung / urbane Qualität
Energietechnik	
Industrielle Technologien und Materialien	Emscher Landschaftspark
Informations- und Kommunikationstechnik	
Logistik	Flächenentwicklung für Gewerbe- und Dienstleistungsstandorte
Medizintechnik / Gesundheitswirtschaft	
Tourismus, Freizeit und Kultur	

Unter dem Titel „Zukunftsstandorte“ wurden drei Großprojekte benannt, die durch die Projekt Ruhr GmbH betreut werden. Um ihre Umsetzbarkeit zu gewährleisten, werden sie durch interministerielle Arbeitsgruppen begleitet. Am weitesten fortgeschritten ist bislang das Projekt „Zeche Zollverein“ in Essen, das rund um das Weltkulturerbe Zeche und Kokerei Zollverein das Kompetenzfeld Design entwickeln und profilieren soll. Es umfasst vor allem die Bausteine Design Gewerbepark, Weltausstellung „Metaform“, die Plattform Design und das geplante Ruhrmuseum.

Der zweite Zukunftsstandort umfasst das ehemalige Hoesch- Gelände „Phoenix“ in Dortmund (Phönix Ost und West). Hierzu gehören u.a. die MST- (Mikrosystemtechnik-) factory und die SoftwareHalle. Der dritte Zukunftsstandort, O.Vision in Oberhausen, wird keinem Kompetenz- oder Handlungsfeld zugeordnet. Auf der etwa 60 Hektar großen Fläche sollen die Grenzen zwischen Technologiezentrum, Business- und Themenpark bewusst verwischt werden. Allerdings sind die künftigen Investoren und Nutzer hier noch am unklarsten. Eine Kurzdarstellung der drei Zukunftsstandorte findet sich auch im Business Portel des KVR⁵ unter dem Menü „Werkstatt Ruhrgebiet“.

Einen Überblick über die Projektempfehlungen für die Landesförderung erhält man auf der Homepage der Projekt Ruhr GmbH⁶. Vordringliches Kriterium bei der Auswahl der Projekte sind die zu sichernden bzw. zu schaffenden Arbeitsplätze. Des weiteren werden als Kriterien genannt:

- Kompetenzfeldbezug,
- Imageeffekt,
- Nachhaltigkeit,

⁵ www.businessportal-ruhr.de

⁶ www.projektruhr.de

- Positive Struktureffekte,
- Privates Investment,
- Innovationsgehalt.

Der Strukturbericht 2002 des KVR stellt fest, dass einige Branchencluster bislang noch zu wenig differenziert sind, um Wachstumsbereiche mit besonders guten Beschäftigungsaussichten identifizieren zu können. Daher sind weitere empirische Untersuchungen zu den o.g. Kompetenzfeldern unerlässlich.

1.5 Ein Strukturprogramm für das Ruhrgebiet

In den vergangenen Jahrzehnten hat das Ruhrgebiet einen tiefgreifenden Prozess des Strukturwandels durchlaufen. Mit großem Selbstbewusstsein können Land und Region darauf verweisen, dass ein ökonomischer und sozialer Niedergang abgewendet, Infrastrukturen und Lebensqualität sogar deutlich verbessert werden konnten. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht das Ruhrgebiet nun vor der Frage, ob es sich auf dieser Basis als führende europäische Wirtschaftsregion neu profilieren kann. Hierbei überlagern sich zwei Haupttrends:

- Einerseits weicht die regionalwirtschaftliche Entwicklung seit langem von der Entwicklung im alten Bundesgebiet, im übrigen Nordrhein-Westfalen und den meisten anderen Ballungszentren in negativer Weise ab. Dieser *Abkoppelungstrend* dominiert bis zum heutigen Tage. Im Zentrum stehen nicht etwa die Erosion der montanindustriellen Basis oder eine Lücke im Bereich personen- und haushaltsbezogener Dienstleistungen, so bedeutsam natürlich diese Faktoren für den Strukturwandel sind. Im Mittelpunkt der Wachstumsschwäche steht ein ganzes Problembündel, das u.a. eine unterdurchschnittliche Produktivität umfasst, geringere Investitionen, einen Mangel an Erwerbsmöglichkeiten, Langzeitarbeitslosigkeit, unterdurchschnittliches Wachstum bei höherwertigen Dienstleistungen wie Kreditinstituten und Versicherungen, aber auch eine schwache Vernetzung zwischen Hochschulen / Forschungseinrichtungen und Unternehmen, verbunden mit einem Rückgang der FuE-Aufwendungen.
- Andererseits gibt es ebenfalls seit langer Zeit einen Trend, das *Ruhrgebiet als ein europäisches Wirtschaftszentrum* auf ökologischem, ökonomischem und sozial-kulturellem Gebiet zu profilieren. Alleinstellungsmerkmal des Ruhrgebietes gegenüber anderen Regionen ist die einzigartige Zusammenballung von Kompetenzen an der Schnittstelle von Mensch, Umwelt und Technik - konkretisiert in Schwerpunkten wie der Werkstoffentwicklung, der Energiewirtschaft, der Wasserwirtschaft, der Logistik in Ballungsräumen, dem produktionsintegrierten Umweltschutz, dem Katastrophenschutz und der Sicherheitstechnik, der Siedlungsentwicklung und im Bauwesen. Neben dieser "Mega-Kompetenz" (und durchaus auch in Verknüpfung damit) verfügt das Ruhrgebiet auch über Potenziale, um sich in der Informations- und Kommunikationswirtschaft zu profilieren. Die Ansätze im Raum Dortmund werden im Rahmen des „dortmund-projects“ in public-private-partnership weiterentwickelt. Hier wie in anderen Ruhrgebietsstädten sind im Abgleich mit anderen Regionen spezifische Schwerpunkte zu entwickeln. Ruhrgebietsweit gesehen, wäre die Verknüpfung mit der Logistik eine, die Weiterentwicklung der traditionell starken Bildungswirtschaft eine andere Option.

Daher müssen die positiven Trends in ihren Einzelementen so weit verstärkt und

dynamisiert werden, dass die vorherrschende Abkoppelungstendenz mittelfristig durchbrochen wird. Vor allem durch Neukombination und Ergänzung vorhandener Elemente gilt es, die Wachstumsbranchen samt ihrer vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche für neue Marktfelder zu qualifizieren.

Die grundlegende Veränderung von regionalwirtschaftlichen Zusammenhängen muss allerdings als ein Prozess angesehen werden, der Jahre und Jahrzehnte umfasst. Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik sind häufig Kriseninterventionen und damit sehr kurzfristig gefordert. Die mittel- und langfristigen Perspektiven treten dabei meist in den Hintergrund. Doch gerade für das Ruhrgebiet gilt, dass die Strukturförderung mit langem Atem den Umbau von Wertschöpfungsstrukturen und regionalwirtschaftlichen Clustern ins Blickfeld nehmen muss.

Auch im begonnenen Jahrzehnt wird insbesondere das nördliche Ruhrgebiet noch mit der Schrumpfung montanindustriell geprägter Bereiche zu kämpfen haben. Weit- aus gravierender könnten die Konsequenzen der EU-weiten Liberalisierung von Märkten sein, werden dadurch doch ruhrwirtschaftlich bedeutende Kompetenzfelder wie die Energie- und Wasserwirtschaft, aber auch die Bau- und Verkehrswirtschaft betroffen. Hierbei handelt es sich im Prinzip um zukunftsfähige Wachstumsfelder mit besonderen Profilierungschancen für das Revier.

Zwar muss man davon ausgehen, dass eine Neuaufstellung der Ruhrwirtschaft im überregionalen und internationalen Wettbewerb auf diesen Feldern zunächst mit weiteren Arbeitsplatzverlusten einhergehen wird. Dies ist auch bei allen nachfolgenden Vorschläge realistischerweise in Rechnung zu stellen. Wir schlagen die genannten Kompetenzfelder dennoch vor, da nur das schnelle Erreichen internationaler Wettbewerbsfähigkeit – und damit eine Beschleunigung der ohnehin ablaufenden Konzentrationsprozesse – mittel- und langfristig Arbeitsplätze sichert und schafft. Das Ruhrgebiet hat durch strukturkonservierende Politik in der Vergangenheit viele Chancen vergeben. Für die Neuausrichtung der Strukturpolitik sollte trotzdem an den o.g. Umbruchmärkten angesetzt werden, da es sich um Branchen mit spezifischem Know-how und Tendenz zur Marktführerschaft handelt.

Den nachfolgenden Ausarbeitungen liegt außerdem die Auffassung zugrunde, dass es in den nächsten Jahren nicht mehr so sehr um die Stärkung vorhandener Infrastrukturen gehen muss, sondern vor allem darum, die Ausfuhr von Leistungen (Gütern und Diensten) zu verstärken. Angesichts der in diesem Jahrzehnt voraussichtlich auslaufenden Strukturförderung gilt: Die Gelder, die heute und noch in absehbarer Zeit als Strukturhilfen empfangen werden, sollen ersetzt werden durch Einnahmen aus dem Verkauf der im Ruhrgebiet erstellten Güter und Dienstleistungen, die auf überregionalen Märkten abgesetzt werden.

Die Exportorientierung steht nicht im Widerspruch dazu, innerregionale Wirtschaftskreisläufe und lokale Ökonomien zu stabilisieren und zu entwickeln. Aber es kommt darauf an, eine stärkere Verzahnung zu erreichen. So sollten aus Investitionen, die zunächst auf den regionalen Markt ausgerichtet sind, ausstrahlungsfähige Referenz- bzw. Modellprojekte und Leistungspakete werden. Weiterhin könnten überwiegend regional gebundene Unternehmen (z.B. des Handwerks) über Zuliefernetzwerke auch in die Ausfuhr von Leistungen eingebunden werden. Und schließlich können leistungsfähige innerregionale Wirtschaftsbeziehungen auch Importe ersetzen (Importsubstitution), was für die „Leistungsbilanz“ der Ruhrwirtschaft ebenfalls positive

Effekte haben wird.

Ziele, Anlage und Zuschnitt des Programmes

Das Strukturprogramm Ruhr (SPR) will dazu anregen, diesen Ansatz auf zukunfts-trächtigen Kompetenzfeldern der Ruhrwirtschaft umzusetzen. Es skizziert vorhandene Potenziale, benennt Lücken und Hindernisse und macht Vorschläge zur Profilierung, zur Vernetzung und zu konkreten Projektlinien. Immer geht es darum, die Ruhrwirtschaft als Ganzes im Blick zu haben, denn auf den Kompetenzfeldern mangelt es in auffälliger Weise vor allem an einem überregional erkennbaren Profil des Ruhrgebietes, das sich meistens nur zersplittert und in Teilaspekten und nicht als Wirtschaftsraum darstellt. Deshalb wiederholt sich auch auf allen Kompetenzfeldern die Anregung zur Bildung ruhrweiter Netzwerke von Unternehmen und Institutionen.

Dabei wird auch auf schon vorhandene Überlegungen oder angelaufene Vorhaben zurückgegriffen. Das Strukturprogramm Ruhr stellt kein eigenes Förderprogramm dar und steht auch nicht alternativ zu vorhandenen Landesprogrammen und -initiativen. Vielmehr stehen folgende Aufgaben im Vordergrund:

- Das SPR soll eine ruhrgebietsweite Plattform für strukturpolitische Ideen, Diskussionen und Verabredungen darstellen. Der KVR versteht sich als Anreger und Anstoßgeber auf der Suche nach strukturpolitischen Kompetenzen und Bündelungspotenzialen. Ein Regieanspruch ist damit nicht verbunden.
- Das SPR will dazu beitragen, dass laufende Maßnahmen und Vorhaben mit langfristigen Perspektiven verknüpft werden. Das SPR soll das Profil der Ruhrwirtschaft angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhundert nach innen und außen schärfen.
- Das SPR bemüht sich darum, Zielsetzungen und Projektlinien aus den verschiedenen Förderprogrammen des Landes und den (inter)kommunalen Entwicklungskonzepten auf den ruhrwirtschaftlichen Kompetenzfeldern zusammenzuführen.
- Die Kompetenzfeldwirtschaft muss eingebettet sein in eine Strategie der Regionalentwicklung, die die positiven Impulse der IBA EmscherPark aufgreift und fortentwickelt und damit das Ruhrgebiet auch als Wirtschafts- und Wohnstandort stärkt. Ein Kompetenzfeld muss arbeitsplatzwirksam sein und gleichzeitig die Region attraktiver machen und ihr Profil schärfen.

Wie man derartige Kompetenzfelder bestimmt, richtet sich nach vorhandenen wie auch nach möglichen regionalwirtschaftlichen Verflechtungen und den darin enthaltenen Stärken und Potenzialen. Exakte oder gar endgültige Abgrenzungen derartiger Felder sind nicht erforderlich. Denn es geht nicht darum, der Ruhrwirtschaft bestimmte Entwicklungsrichtungen vorzuschreiben. Mit Hilfe der Kompetenzfelder sollen vielmehr Dynamiken in der Ruhrwirtschaft abgebildet und für strukturpolitisches Handeln erkennbar und nutzbar gemacht werden.

Das strukturpolitische Handeln selbst wird im SPR in erster Linie *nicht* als staatliche Aufgabe angesehen. Die Strukturförderung auf regionalwirtschaftlichen Kompetenzfeldern kann nur in dem Maße erfolgreich sein, wie sie von den Kräften in den Betrieben, Unternehmen, Fachzweigen und Branchen selbst gestaltet wird und sich Ge-

meinschaftsinitiativen von Unternehmen - gleich in welcher Form - gebildet und sich über ihre Entwicklungsperspektiven verständigt haben. Das Strukturprogramm Ruhr unterstützt damit den Kurswechsel in der Strukturpolitik und entwickelt die Regionalpolitik für das Ruhrgebiet über den Ansatz der Kompetenzwirtschaft hinaus weiter.

Dem entspricht folgende Vorgehensweise:

- Die allgemeinen und die ruhrspezifischen Konstellationen des jeweiligen Kompetenzfeldes werden miteinander abgeglichen. Daraus ergeben sich die aus gegenwärtiger Sicht entscheidenden *Entwicklungsperspektiven* für die Ruhrwirtschaft. Diese zunächst pauschal benannten Perspektiven haben zugleich den Charakter von ruhrwirtschaftlichen Leitbildern.
- Sodann wird versucht, dies anhand von *Zukunftsstandorten und Zukunftsnetzwerken* teilträumig auszudifferenzieren. Gerade in einem polyzentralen Ballungsraum von der Größe des Ruhrgebietes ist zielgerichtetes strukturpolitisches Handeln auf eine derartig differenzierte Herangehensweise angewiesen. Wenn wir hierbei einzelne Unternehmen und Institutionen benennen, so sind wir uns bewusst, dass eine derartige Aufzählung nicht lückenfrei, sondern nur beispielhaft gemeint sein kann.
- Schließlich werden anhand von Entwicklungsschwerpunkten konkretere *Projektlinien* vorgestellt bzw. vorgeschlagen. Sie können sich auf Produktinnovationen, Ansiedlungsbedarfe, Diffusionsprogramme, Modellprojekte, Kooperationsinitiativen u.a.m. beziehen.

Für alle Ausführungen gilt, dass sie auf jedem Kompetenzfeld zur kritischen und weiterführenden Diskussion und ggf. auch zur Korrektur einladen. Vor allem aber sollen sie zu konkreten Verabredungen unter maßgeblicher Beteiligung der Unternehmen führen.

Wie im ersten Teil der „Perspektive Ruhr“ dargestellt, haben die Strukturregionen in ihren Entwicklungskonzepten Leitbilder entwickelt und zu fördernde Branchenschwerpunkte herausgearbeitet. Um die regionalen Entwicklungsansätze aufzunehmen und ruhrgebietsweit zu vernetzen, ist eine engere Abstimmung der Ziele der Landesstrukturpolitik mit den in den Regionen erarbeiteten Zielen erforderlich. Die einzelnen Kompetenzfelder müssen zu einem regionalen Gesamtprofil zusammengefügt werden. Das geht nicht ohne die Abstimmung der regionalen Entwicklungskonzepte.

Einladung zur Mitarbeit

Abschließend ist zu betonen: Das Strukturprogramm Ruhr ist als *offenes Programm* konzipiert. Dies bedeutet erstens, dass es sich um einen Vorschlag handelt, der regelmäßig weiterentwickelt werden soll. Es bedeutet zum zweiten, dass mit den einzelnen Vorschlägen gearbeitet werden soll bzw. dass es um konkrete Verabredungen innerhalb der Ruhrwirtschaft geht. Zum dritten ist das Programm modular aufgebaut, d.h. dass mit ausgewählten Kompetenzfeldern und ausgewählten strukturpolitischen Handlungsfeldern begonnen wird, denen weitere Bausteine folgen sollen. Zu deren Erarbeitung wie auch zur Überarbeitung der vorliegenden Bausteine sind alle ruhrwirtschaftlichen Kräfte herzlich eingeladen. Dieses regional- und strukturpolitische Konzept trägt auch über die Förderperiode hinaus. Es ist langfristig nicht an staatliche Fördergelder gebunden.